

Vorträge, Reden und Berichte aus dem Europa-Institut / Nr. 133

herausgegeben

**von Professor Dr. Dr. Georg RESS
und Professor Dr. Michael R. WILL**

Professor Dr. jur., Dr. h.c. Wilhelm G. GREWE

Botschafter a. D.

JAPAN UND EUROPA

**Vortrag vor dem Europa-Institut der Universität des Saarlandes
in Verbindung mit der Deutsch-Japanischen Gesellschaft in Saarbrücken e.V.
am 20. Juni 1988**

1988 © Europa-Institut der
Universität des Saarlandes

Nicht im Buchhandel erhältlich

Abgabe gegen eine Schutzgebühr
von 10,— DM

Japan und Europa

I.

Es gehört eine gewisse Unverfrorenheit dazu, wenn jemand über das Thema "Japan und Europa" spricht, der Ost-Asien vor mehr als einem Jahrzehnt verlassen hat und der dann auch noch ausgerechnet die Entwicklung in eben diesem Jahrzehnt behandeln will. Indessen hat eine gewisse zeitliche und räumliche Distanz zu dem Objekt einer Analyse auch ihre Vorteile und verhilft zuweilen zu einem schärferen Bild, als es sich demjenigen bietet, der noch ganz in den Knäuel von Tatsachen, Daten, personellen und institutionellen Beziehungen verstrickt ist, wie das bei einem Beobachter an Ort und Stelle zu sein pflegt.

Vielleicht ist es ganz aufschlußreich, als Ausgangspunkt die Frage zu wählen, was sich in diesen 12 Jahren verändert hat, seit ich im September 1976 meinen Abschiedsbesuch beim Tenno machte. Das gibt gleich die Gelegenheit zu einer Feststellung, die für Japan sehr bezeichnend ist: Der Kaiser war damals 75 Jahre alt und wirkte, bei aller geistigen Präsenz, doch körperlich zerbrechlich und hinterließ bei dem Besucher das Gefühl: Auch er wird bald aus seinem Amte scheiden. Daß er 12 Jahre später immer noch das japanische Staatsoberhaupt sein würde - das wäre mir damals völlig ungläubhaft erschienen. Schon damals konnte man sich nur schwer vorstellen, daß man einen Monarchen vor sich hatte, der bei seiner Thronbesteigung im Dezember 1926 ein Zeitgenosse des englischen Königs Georgs V., des amerikanischen Präsidenten Coolidge, des deutschen Reichspräsidenten von Hindenburg gewesen war.

Wenn der Tenno also gleichsam ein Symbol für Kontinuität, Sta-

bilität, Langsamkeit der Entwicklung japanischer Institutionen, Bewahrung überkommener Wertordnungen ist, so darf man das natürlich nicht dahin mißverstehen, daß ich Japan als ein Land des Stillstandes, der Stagnation beschreiben wollte. Nichts wäre abwegiger als eine solche Behauptung. Jeder, der mit Weltwirtschaft und -handelspolitik, mit Hochtechnologie und wirtschaftlichem Management zu tun hat, weiß, welche mächtige Dynamik in diesem Lande wirksam ist. Nicht ohne Grund ist in den letzten 20 Jahren eine ganze Literaturgattung im Westen entstanden, die Japan einen rasanten Aufstieg im letzten Viertel unseres Jahrhunderts vorhersagte. Eines der bekanntesten Produkte dieser Literatur, das Buch des amerikanischen Futurologen Herman Kahn ("The emerging Japanese Superstate", 1970), trug in seiner deutschen Ausgabe den bezeichnenden Titel "Bald werden sie die ersten sein: Japan 2000, Zukunftsmodell der neuen Herren der Welt". Weniger optimistisch klangen nur die Vorhersagen von Zbigniew Brzezinski (dem späteren Sicherheitsberater des Präsidenten Jimmy Carter), der 1972 in seinem Buch "The Fragile Blossom" (Die zerbrechliche Blüte) über den Wandlungsprozeß in Japan sagte, je mehr er sich beschleunige, desto mehr könne er zu einem Zersetzungsprozeß werden. Ein amerikanischer Japan-Kenner vom Woodrow Wilson International Center in Washington hat kürzlich festgestellt, daß diese ganze Literaturgattung im Rückblick kein sehr günstiges Urteil verdiene; daß sich H. Kahns Buch noch am besten präsentiere, während Brzezinski in fast jedem Punkte seiner Analyse fehlgeurteilt habe (Ron. A. Morse, Japan's Drive to Pre-Eminence; For. Policy, Nr. 69/1987/88, S. 7ff.).

Ein Jahr nach dem Erscheinen seines Buches, im Oktober 1973, war Brzezinski mein Mittagsgast in Tokyo. Anlaß seines Aufenthalts in Japan war die Gründung der sogenannten "Trilateral Commission", einer von ihm angeregten, von David Rockefeller finanzierten privaten Organisation, die sich um eine engere

Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten, West-Europa und Japan bemühen wollte. Über diese Kommission später; ich erwähne sie hier nur, weil sie mir als ein Indiz dafür erscheint, daß Brzezinski sich wohl schon damals zu einer positiveren Bewertung der japanischen Zukunftsperspektiven bekehrt hatte, da sonst sein Engagement für die trilaterale Zusammenarbeit kaum zu verstehen gewesen wäre.

Um zum Ausgangspunkt zurückzukehren: Wenn man die Entwicklung Japans in diesen 12 Jahren zwischen 1976 und 1988 ins Auge faßt, wird man sich ein Urteil darüber bilden müssen, welches ihr eigentliches Signum war: die von Kahn und anderen westlichen Zukunftsforschern prophezeite expansive Dynamik oder die der japanischen Gesellschaft und Kultur eigentümliche Resistenz gegen rasche Neuerungen und Umwälzungen, ihr Beharrungsvermögen und ihre Neigung zu langsamer Anpassung. Wobei man keinen Augenblick übersehen darf, daß diese beiden Tendenzen sich nicht notwendigerweise ausschließen, sondern möglicherweise nebeneinander herlaufen, sich ergänzen, sich miteinander verbinden.

II.

Bevor wir dieser Frage nachgehen, bedarf es einer genaueren Festlegung und Begrenzung unseres Themas: Es erstreckt sich, genau genommen, auf 5 Einzelfragen: Zunächst wird nach der Befindlichkeit der beiden Subjekte unseres Vergleichs zu fragen sein und zwar jeweils aus dem Blickwinkel des anderen.

1. Welches Bild bot Europa in japanischen Augen am Beginn und am Ende der Vergleichsperiode, also 1976 und 1988?

2. Und wie präsentierte sich Japan in diesem Zeitraum den Europäern? Anschließend an diese beiden Vorfragen geht es dann - das ist der eigentliche Schwerpunkt unseres heutigen Themas - um das gegenseitige Verhältnis dieser beiden Subjekte zueinander und um die Entwicklungsstufen dieses Verhältnisses. Dabei wird dann zu differenzieren sein:
3. "Europa" kann in diesem Zusammenhang bedeuten: die einzelnen europäischen Nationen; um ihr Verhältnis zu Japan handelt es sich dann.
4. "Europa" kann aber auch bedeuten: das integrierte Europa der EG und seine Beziehungen zu Japan.
5. "Europa" kann endlich auch in jenem Sinne verstanden werden, in dem es z.B. die Trilateral Commission versteht: die Familie der nicht-kommunistischen Nationen Europas, wie sie etwa im Europa-Rat vereint sind, insbesondere jener Gruppe, die sich der atlantischen Solidarität verpflichtet fühlt und sich politisch oder militärisch mit den Vereinigten Staaten verbunden hat, wie z.B. die Mitgliedstaaten der Westeuropäischen Union (WEU).

III.

Einige dieser Fragen können oder müssen hier nicht vertieft werden. Die Entwicklung Europas im letzten Jahrzehnt braucht nicht im einzelnen geschildert zu werden. Es genügen einige Stichworte, wie sich unter dem Blickwinkel eines japanischen Beobachters das Japan gegenüberstehende Vergleichssubjekt "Europa" in dieser Zeitspanne gewandelt hat. Dem japanischen Beobachter wird auffallen, daß sich Europa von den weltwirt-

schaftlichen Krisen der 70er und 80er Jahre (der Erdölkrise von 1973 und der auf die Ölpreisexplosion von 1979 folgenden Rezession der Jahre 1980-82) langsamer erholt hat als Japan. Das Wirtschaftswachstum, das 1981/82 auf -0,6 und 0,0 gesunken war, erreichte 1984/85 2,5 und 2,2 %, während es in Japan 5,1 und 4,7 % betrug. Die Arbeitslosenquote bewegte sich in der EG in den Jahren 1983-85 zwischen 10,1 und 10,8, in Japan zwischen 2,7 und 2,6 %. Auch die institutionelle Entwicklung der EG war nicht besonders eindrucksvoll.

Die EG erweiterte sich zwar um Griechenland, Spanien und Portugal, vermochte aber weder ihre ständig wachsende Finanzkrise zu meistern noch wesentliche Fortschritte auf dem Wege zu der erstrebten europäischen Union und zur Schaffung des umfassenden europäischen Binnenmarktes zu machen. Ein wichtiger institutioneller Fortschritt war lediglich die Schaffung eines Europäischen Währungssystems (1979). Die am Ende dieses Zeitabschnitts zustande gekommene "Einheitliche Europäische Akte" erfüllte die Hoffnungen engagierter Europäer nur in bescheidenem Maße, wird aber dem Beobachter aus der Ferne doch als ein bedeutsamer Fortschritt erschienen sein. Dies gilt erst recht für die Schaffung des europäischen Binnenmarktes, die in der Akte vereinbart wurde, vielen aber zunächst als bloße Zukunftsmusik erschien. Inzwischen wird diese Zielsetzung auch von den Skeptikern ernst genommen. Ohne Zweifel hat sie der Gemeinschaft neue starke Impulse und einen zuvor kaum für möglich gehaltenen Auftrieb verliehen.

All dieses konnte auch dem japanischen Beobachter nicht entgehen. Wenngleich er zeitweilig den Eindruck einer Stagnation der europäischen Entwicklung gewinnen mochte, hat man sich in Tokyo doch offenbar davon überzeugt, daß mit einer Weiterentwicklung der Gemeinschaft zu größerer Stärke, Wirksamkeit und Geschlossenheit zu rechnen ist und eine Annäherung lohnend er-

scheint. In diesem Urteil wird man sich durch die jüngste Ver-
dichtung des Binnen-Markt-Projekts bestärkt fühlen.

Ende der 70er Jahre wurde die verteidigungspolitische Kohärenz
der europäischen Partner der Atlantischen Allianz einer Zer-
reißprobe unterworfen; mit dem NATO-Doppelbeschuß vom Dezem-
ber 1979 und der in den folgenden Jahren durchgeführten Sta-
tionierung neuer Mittelstreckenraketen in mehreren Mitglied-
staaten wurde sie gemeistert. Mit dem amerikanisch-sowjeti-
schen INF-Abkommen, das auf dem Gipfeltreffen Reagan-Gorbat-
schow in Washington im Dezember 1987 zustande kam, wurde die-
ser Kraftakt jedoch wieder annulliert und damit zugleich eine
neue Zerreißprobe heraufbeschworen: Die Meinungen über den
Wert dieses Abkommens sind geteilt, über die Konsequenzen ist
man sich nicht einig. Kaum eine Meinungsverschiedenheit gibt
es jedoch darüber, daß ein ähnlicher Kraftakt - etwa in Ge-
stalt eines Beschlusses zur Modernisierung der Kurzstrecken-
Raketen - schwerlich wiederholbar ist. Umstritten ist auch, ob
ein solcher Beschluß überhaupt wünschenswert wäre. Die europä-
ischen NATO-Partner befinden sich daher in einem Dilemma in
Bezug auf ihre künftige Sicherheitspolitik, das sich auch ne-
gativ auf ihre Beziehungen zu den Vereinigten Staaten auswir-
ken muß und das dem japanischen Beobachter das Bild einer ge-
wissen Rat- und Hilflosigkeit vermitteln muß. Ob sich solche
Eindrücke auf den Kurs der "trilateralen" Zusammenarbeit aus-
wirken werden, den Japan seit der Mitte der 80er Jahre inten-
siert hat, wird noch abzuwarten sein.

IV.

Wenn ich von heute auf meine "Japan-Jahre" zurückblicke, also
auf die erste Hälfte der 70er Jahre, so stelle ich zunächst zu

meinem Erstaunen fest, daß in den obersten Rängen der politischen Führung immer noch die gleichen Personen dominieren, mit denen ich zu tun hatte. Bei dem letzten Regierungswechsel im Okt./Nov. 1987 gab es drei Kandidaten für das Amt des Regierungschefs: Abe Shintaro, Miyazawa Kiichi, Takeshita Noburo - nachdem ein vierter, Nikaido Susumu, von den beiden früheren Premierministern Fukuda und Suzuki bewogen worden war, seine Kandidatur zurückzuziehen. Mit allen genannten Politikern hatte ich es in den Jahren meines Japan-Aufenthalts zu tun. Alle waren natürlich Mitglieder der seit Jahrzehnten die Regierung tragenden liberal-demokratischen Partei - die Oppositionsparteien, 2 sozialistische, eine kommunistische Partei und eine aus einer starken buddhistischen Sekte hervorgegangene Partei eigener Art (die "Komeito") hatten nach den Unterhauswahlen von 1986, in denen die LDP 304 von 512 Sitzen gewann, keinerlei Chance mehr, allein oder im Bündnis miteinander an die Macht zu gelangen oder auch nur im Rahmen einer Koalition an ihr teilzuhaben.

Am 3. Oktober hatten die drei konkurrierenden Bewerber in einer gemeinsamen Pressekonferenz ihre Kandidatur bekanntgegeben und zugleich angekündigt, daß sie versuchen würden, sich in informellen Gesprächen zu verständigen. Sie betonten, daß es zwischen ihnen keine größeren politischen Differenzen gäbe und daß sie mit dem schließlich Obsiegenden loyal zusammenarbeiten würden.

Daß es überhaupt zu einem Regierungswechsel kommen mußte, hängt damit zusammen, daß das Parteistatut der LDP dem Vorsitzenden nur zwei aufeinanderfolgende Jahre im Amt zubilligt - Ausdruck des japanischen Prinzips der gleichen Chancen für alle in der Partei vertretenen Faktionen. Durch eine Satzungsänderung vom Oktober 1986 war die Möglichkeit der Verlängerung um 1 Jahr eingeführt worden - eine Konzession an Nakasones er-

folgreiche Amtszeit. Das Statut sieht vor, daß bei mehr als drei Kandidaten der Vorsitzende von allen eingeschriebenen Parteimitgliedern zu wählen ist. Anderenfalls erfolgt die Wahl durch die Parlamentsabgeordneten der LDP. Im Hinblick auf diese Regel war Nikaido zur Zurückziehung seiner Kandidatur bewogen worden, damit die Direktwahl durch die Parteibasis vermieden werden konnte. Häufig wird auch bei einer Dreier-Kandidatur versucht, hinter den Kulissen zwei Kandidaten zum Verzicht zu bewegen. Das war auch im letzten Oktober versucht worden, jedoch ohne Erfolg. Wie schon erwähnt, waren mir alle drei Kandidaten aus den 70er Jahren wohlvertraut; das gleiche gilt auch für alle an dem Auswahlverfahren beteiligten früheren Premierminister. Fukuda hatte ich schon 1971 kennengelernt, als er als Außenminister das Kaiserpaar auf seiner Deutschland-Reise begleitete und wir auf einem Rheindampfer zusammen das Lied von der Loreley sangen. Suzuki hatte mir mein Landwirtschafts-Attaché zugeführt, der in dem damaligen Landwirtschaftsminister einen aufsteigenden Politiker erkannt hatte. Auf gleiche Weise kam ich mit einem anderen Landwirtschaftsminister in Berührung, Abe Shintaro, einem Schwiegersohn des Premierministers Kishi (1957/60). Beiden habe ich in unserer Botschaft das Bundesverdienstkreuz überreicht. Mit dem damaligen Außenminister Miyasawa habe ich manches Gespräch über die Außenpolitik Japans geführt (seinen älteren Bruder hatte ich in Hiroshima besucht, wo er Gouverneur der Provinz war; sein jüngerer Bruder ist der heutige japanische Botschafter in Bonn). Takeshita, der heutige Premierminister, war damals Kabinettssekretär (vergleichbar etwa unserem Kanzleramtsminister) unter den Regierungschefs Sato und Tanaka, dann Minister für das Bauwesen im Kabinett Miki 1976. Das waren Funktionen, die einem ausländischen Botschafter wenig Gelegenheiten zu persönlichen Kontakten boten. Ihn habe ich daher nur bei größeren Veranstaltungen, Empfängen oder Zeremonien erlebt - so wie auch jetzt wieder bei seinem Besuch in Bonn im Mai

1988, als ich bei einem von Außenminister Genscher gegebenen Abendessen ein Gast unter vielen anderen war. Daß er über seine beiden Rivalen obsiegte, hatte er zwei Umständen zu verdanken, die mit den verfassungsrechtlichen Regeln über den Regierungswechsel nichts zu tun haben, die aber für die Realität des japanischen politischen Systems sehr bezeichnend sind: Takeshita war es gelungen, die meisten Mitglieder der stärksten innerparteilichen Faktion der LDP um sich zu scharen: der Faktion des früheren Premierministers Tanaka, der über seine Verwicklung in den Lockheed-Korruptionsskandal gestolpert war und im Dezember 1974 zurücktreten mußte, schließlich auch aus der LDP ausgeschlossen wurde - was ihn nicht hinderte, noch viele Jahre hinter den Kulissen die stärkste Faktion seiner Partei zu dirigieren. Wort und Begriff der Faktion kommen in der japanischen Verfassung nicht vor, gleichwohl handelt es sich hier um die entscheidenden Faktoren des innenpolitischen Kräftespiels: um lockere Gruppierungen von Abgeordneten um einzelne Führungsfiguren, die miteinander rivalisieren und innerhalb der Regierungspartei das ersetzen, was in anderen parlamentarischen Demokratien als Wettstreit zwischen Regierung und Opposition in Erscheinung tritt. Wer die stärkste Faktion oder eine entsprechend starke Koalition von Faktionen für sich gewinnt, wird zum Parteivorsitzenden gewählt, und wer Parteivorsitzender ist, wird - so in den letzten 30 Jahren - zum Premierminister gewählt. Der andere Umstand, der Takeshita ins Amt brachte, war das Kräfteverhältnis zwischen den drei Kandidaten. Keiner hatte ein klares Übergewicht über seine beiden Konkurrenten. In dieser Situation einigten sie sich darauf, die Entscheidung ihrem Vorgänger Nakasone zu überlassen - ein sehr japanisches Arrangement, für das man kaum Parallelen in irgend einer anderen Demokratie finden wird. Das ganze Verfahren der Kandidatenauswahl und der Bestimmung des Parteivorsitzenden und des Premierministers ist ein bezeichnendes Charakteristikum des politischen Lebens in Japan, der japanischen

Bevölkerung wohlvertraut und von ihr ohne Widerspruch akzeptiert. Ein japanischer Kommentator spricht von der "rubber-stamp-ratification of a decision made within the ruling party", der "Aushandlung von Ämtern und Vergünstigungen hinter verschlossenen Türen durch einen kleinen Klüngel ("a small coterie") von Interessierten" - was auch keineswegs auf die Politik beschränkt sei, sondern in gleicher Weise bei der Postenvergabe an nationalen Universitäten oder im Geschäftsleben - z.B. bei der Vergabe von Aufträgen im Rahmen von Projekten der öffentlichen Hand - geübt werde. Nakasone also als letzte Entscheidungsinstanz - damit ist der Name des Politikers genannt, der in der jüngeren Vergangenheit als Regierungschef (1982-87) das Land am stärksten geprägt hat und den ich schon in der ersten Hälfte der 70er Jahre als einen bei jeder Wahl vielgenannten aussichtsreichen Kandidaten für die höchsten Ämter erlebt hatte: 1975, als Nakasone Generalsekretär der LDP war, schrieb er mir nach einem längeren Gespräch einen in schönstem Kanji eigenhändig geschriebenen Brief, in dem er sich für die japanische Ausgabe meines Buches "Spiel der Kräfte" bedankte. Der Brief ist ein schönes Beispiel dafür, wie sich ein vielbeschäftigter führender japanischer Politiker die Zeit nimmt, um seinen Kontakt mit einem ausländischen Beobachter in diese persönliche Form zu kleiden. Die gleichen Personen also, die man heute an der Spitze des politischen Establishments wie ein Jahrzehnt zuvor wiederfindet, die gleiche Partei, die noch immer an der Macht ist, trotz zwischenzeitlicher Krisen und Abstiegsymptome, die ausländische Beobachter mehrfach dazu verführten, das Bevorstehen einer Koalitionsregierung vorherzusagen. Aber die LDP hat sich immer wieder erholt, und die Oppositionsparteien sind so zerstritten und ohnmächtig wie eh und je.

Ein ähnliches Bild bietet sich auch, wenn man die programmatischen Ziele der heute Japan regierenden Kräfte ins Auge faßt.

Daß Ministerpräsident Takeshita in seiner Regierungserklärung vom 25. Januar die Kontinuität der japanischen Innen- und Außenpolitik betonte, versteht sich dabei von selbst. Neue Regierungen in aller Welt pflegen mit solchen Kontinuitätsbetuerungen ihre Amtsperiode zu beginnen. Wichtiger war, was inhaltlich gesagt wurde. Diplomatischen Beobachtern in Tokyo fiel auf, daß die Bereitschaft Japans betont wurde, als einer der Garanten der internationalen Ordnung, zusammen mit den USA und West-Europa, weltweite Verantwortung zu übernehmen. Auch der Außenminister (Uno) betonte die aus der unverändert unstillbaren internationalen Lage folgende Notwendigkeit, neben den engen Beziehungen zu den USA stärker als bisher mit West-Europa zusammenzuarbeiten. Wer sich an das erinnert, was zu diesem Thema in der Mitte der 70er Jahre in Tokyo zu hören war, dem kommt alles dieses sehr vertraut vor. Es waren zuerst Intellektuelle, Wissenschaftler, Publizisten, die dafür plädierten, Japan müsse seine in der Nachkriegszeit entwickelte "low profile"-Politik aufgeben, müsse eine internationale Verantwortung übernehmen, die seiner Bedeutung als einer der führenden Wirtschaftsmächte der Welt entspreche, es müsse seine Isolierung überwinden und eine engere Kooperation mit dem Westen, d.h. mit den USA und West-Europa suchen. Auch die japanischen Regierungen jener Jahre öffneten sich solchen Gedanken. Als der amerikanische Außenminister Henry Kissinger 1973 den Versuch machte, Japan in eine trilaterale politische Deklaration einzubeziehen, nahm man in Tokyo diesen Gedanken sofort positiv auf, wurde aber enttäuscht, weil die Europäer diesem Gedanken wenig Sympathie entgegenbrachten.

Kissingers Initiative scheiterte damals - aus Gründen, die mit einer komplizierten weltpolitischen Lage zusammenhängen. In den folgenden Jahren verminderte sich das japanische Interesse an politischen Kontakten mit West-Europa, belebte sich aber ab 1983 wieder stärker. Das Ziel, die Außenpolitik Japans zu "in-

ternationalisieren", wurde jedoch ohne Unterbrechung weiterverfolgt und fand erneut Ausdruck in dem lebhaften Echo, das der Gedanke einer Wirtschaftsgipfel-Konferenz der westlichen Industrienationen bei der japanischen Regierung auslöste. Vier Wochen vor dem ersten Wirtschaftsgipfel in Rambouillet, Anfang November 1975, rief mich der damalige Ministerpräsident Miki zusammen mit dem englischen, französischen und italienischen Botschafter zu einer Vorbesprechung, in der sehr deutlich zu erkennen war, daß ihm die Einbeziehung Japans in diesen exklusiven Kreis der Regierungschefs der führenden westlichen Industrienationen eine große Genugtuung bereitete. Ein solches Kollektiv-Gespräch von 5 Botschaftern mit dem Ministerpräsidenten hatte es noch nie zuvor gegeben. Unmittelbar vor seiner Abreise nach Paris zu diesem Gipfeltreffen empfing mich auch Außenminister Miyazawa noch einmal zu einem Gespräch, das diesen Eindruck noch verstärkte.

*

Bisher war nur von Entwicklungsmerkmalen des vergangenen Jahrzehnts die Rede, die alle für die japanische Resistenz gegen rasche Neuerungen, für die Tendenz zur Beständigkeit und Beharrung und zur langsamen Anpassung sprechen. Dafür habe ich Ihnen einige Beispiele gegeben, die sich auf das personelle Establishment, auf die Parteienkonstellation und auf die politische Programmatik bezogen. Es ergäbe jedoch ein höchst einseitiges und schiefes Bild, wenn man es dabei beließe. Daneben bietet sich nämlich dem europäischen Beobachter das Bild eines Landes, das sich auf dem wirtschaftlich-technologischen Gebiet in einem rasanten Wandel befindet, mit zunehmend deutlicheren Auswirkungen auf das gesamte Gesellschaftsgefüge.

Die technologische Revolution der jüngsten Vergangenheit hat in Japan zu einem Sprung nach vorn geführt, der in seinem Beschleunigungsgrad alle anderen Industriestaaten übertrifft. Sachkundige europäische Beobachter hegten seit langem keinen Zweifel, daß Japan dasjenige Industrieland ist, das schon in den letzten 30 Jahren bei der Beschleunigung der technischen Innovationsrate am erfolgreichsten war. Dieser Prozeß hat im letzten Jahrzehnt noch einmal eine Intensivierung und zusätzliche Akzeleration mit weitreichenden Folgen erfahren. In geradezu atemberaubendem Tempo hat sich die Automation der industriellen Produktion entwickelt, in engem Zusammenhang mit der Konzentration der technisch-wissenschaftlich-wirtschaftlichen Elite auf einen Schlüsselbereich der Forschung, Entwicklung und produktionstechnischen Fertigung: auf die Mikroelektronik, wo die Japaner heute einen bedeutenden Vorsprung vor allen anderen Industrieländern besitzen. Das wissenschaftliche Beratungsgremium beim Pentagon in Washington hat kürzlich errechnet, daß bei den 25 wichtigsten mikroelektronischen Technologien die Japaner den amerikanischen Produzenten bei 13 voraus sind, daß sie bei 7 einen Gleichstand erreicht haben und daß sie nur bei 5 hinter den amerikanischen Firmen liegen. Rückblickend erscheint es als geradezu prophetisch, jedenfalls als außerordentlich weitsichtig, daß das MITI (Ministry of International Trade and Industry) in ein Memorandum aus den frühen 70er Jahren den Satz hineinschrieb, daß "Mikroelektronik in Zukunft so wichtig sein wird wie heute das Öl".

Elektronisch gesteuerte Roboter sind seit dieser Zeit in der japanischen Industrie in rasantem Vordringen. In meinem letzten Amtsjahr in Japan besichtigte ich die Toyota Automobilwerke in Nagoya. Schon damals war ich beeindruckt durch das Bild hochgradig automatisierter Fertigungsvorgänge in weiträumigen Werkhallen mit relativ wenig menschlichen Arbeitskräften. Inzwischen kann man an Zahlen ablesen, wie sich dieser Prozeß

fortgesetzt und beschleunigt hat. Die japanischen Gewerkschaften haben sich naturgemäß besonders eingehend mit ihm befaßt, weil er weittragende Konsequenzen für den Arbeitsmarkt hat, insbesondere auch infolge des zeitlichen Zusammentreffens mit einer Periode verlangsamten Wirtschaftswachstums. Ein Bericht der Gewerkschaften vom August 1983 rechnet damit, daß bis zum Ende der 80er Jahre 1-2,9 Millionen Roboter allein in der verarbeitenden Industrie eingesetzt sein werden und daß von 13,67 Millionen Beschäftigten dieses Sektors nur noch 10 % benötigt würden. Der Verband der Gewerkschaften der Elektroindustrie verlor zwischen 1978 und 1982 durch Einführung von Robotern 13 % seiner Mitglieder. Matsushita, der größte japanische Computer- und Roboterhersteller, setzt gegenwärtig etwa 5 000 Roboter bei seiner Fertigung ein. Bis 1990 sollen es nach der Unternehmensplanung mindestens 50-60 000 sein. Das Japan Economic Research Center (Nihon keizai kenkyu senta) rechnet als Folge der "office and factory automatisisation" mit einer Arbeitslosenquote von 5 bis 9 % im Jahre 1990. An solchen Zahlen und Prognosen wird deutlich, welche Konsequenzen die technologisch-wirtschaftliche Veränderung für die Sozialstruktur des Landes in sich birgt.

Im übrigen wird man bald auch im Westen Gelegenheit haben, die automatisierten Fertigungstechniken japanischer Konzerne zu Gesicht zu bekommen. Denn noch in einer anderen Hinsicht hat sich in den 80er Jahren die japanische Industrie stärker gewandelt als in jedem anderen Jahrzehnt seit dem 2. Weltkrieg: die fernöstliche Exportnation, die in Europa und in Amerika bisher stets als solche empfunden und gefürchtet wurde, ist in diesem jüngsten Zeitraum plötzlich auch als Produzent außerhalb Japans in Erscheinung getreten. Die japanische Industrie hat begonnen, im Ausland nicht nur zu verkaufen, sondern auch herzustellen. Noch zu Beginn dieses Jahrzehnts, so berichtete kürzlich ein in Tokyo stationierter europäischer Beobachter,

herrschte die Auffassung vor, es sei unmöglich, von Standorten außerhalb der heimatlichen Inseln das japanische Qualitätsniveau zu erreichen. Der Toyota-Vorstand betonte das immer wieder in aller Öffentlichkeit. Inzwischen arbeiten mehrere hundert japanische Produktionsbetriebe in aller Welt. Handelspolitischer Druck aus Amerika und Europa ebenso wie die kontinuierliche Aufwertung des Yen haben einen schnellen Meinungswandel bewirkt. Unter der Führung der großen Industriekonzerne ist die japanische Wirtschaft im Begriffe, sich in der ganzen Welt eine neuartige Infrastruktur zu schaffen.

Damit sind wir bereits bei den handelspolitischen Problemen, die lange Zeit das japanisch-europäische Verhältnis überschattet haben und die auch in Zukunft, wenngleich nicht mehr ausschließlich, dieses Verhältnis beeinflussen werden.

Bevor wir uns nunmehr diesem Verhältnis zuwenden, möchte ich diesen Blick auf Japan aus der Sicht des europäischen Beobachters zusammenfassend mit der Feststellung abschließen: Japan präsentiert sich erneut, wie schon im 19. Jahrhundert, als ein politisch-gesellschaftliches Ordnungssystem, das in einzigartiger Weise Kontinuität, Tradition, Bewahrung überkommener Wertvorstellungen mit nahezu perfekter Assimilation moderner ausländischer Vorbilder und rapider Aneignung ihrer technologischen Errungenschaften zu verbinden versteht.

V.

Nach dem Versuch, die beiden Vorfragen zu klären - das Bild, das sich Europa und Japan in diesem Jahrzehnt voneinander gemacht haben -, komme ich zu den Hauptfragen: denen nach dem Verhältnis Europa/Japan zueinander und den Entwicklungstenden-

zen in diesem Verhältnis.

Europa, so hatte ich schon eingangs betont, kann in diesem Zusammenhang dreierlei bedeuten:

1) die EG;

2) die Gesamtheit der europäischen Partner der Atlantischen Allianz, die als solche keine institutionell verfestigte Gemeinschaft bilden, sich aber gleichwohl im Spiel der Weltpolitik als eine solidarische Gruppe mit gemeinsamen Interessen und Zielen fühlen und danach streben, ihre Außenpolitik zu koordinieren, möglichst mit einer Stimme zu sprechen und sich zu gemeinsamen Aktionen zusammenzufinden. Nur ansatzweise hat das bisher einen gewissen organisatorischen Niederschlag gefunden in den regelmäßigen Beratungen und Konsultationen der "Europäischen Politischen Zusammenarbeit" (EPZ), zu der sich die EG-Mitgliedstaaten außerhalb des rechtlich-organisatorischen Rahmens der EG zusammenfanden.

3) "Europa" kann endlich auch heißen: die einzelnen europäischen Nationen, die ihre nationale Politik betreiben und im Verhältnis zu Japan jeweils besondere Beziehungen unterhalten, die sich auf Grund historischer Entwicklung, kultureller Kontakte, wirtschaftlicher Sonderinteressen durchaus unterschiedlich gestalten. Die Japaner haben keineswegs vergessen, daß die Holländer die erste westliche Nation waren, die eine Brücke nach Europa bauten: Nachdem die Portugiesen, die 1543 als erste Europäer in Japan gelandet waren und deren Missionare das Eindringen des Christentums in Japan einleiteten, 100 Jahre später - 1639 - des Landes verwiesen worden waren, waren die Holländer während 200 Jahren die einzigen, denen - auf einer Insel (Deshima) in der Bucht von Nagasaki - eine Handelsniederlassung eingeräumt wurde, über die der Handels-

verkehr nach Europa abgewickelt wurde. Auch Engländer und Franzosen haben jeweils besondere Spuren in Japan hinterlassen. Die Japaner haben auch nicht vergessen, daß in der Meiji-Periode, als sich Japan endlich der Außenwelt öffnete, deutsche Ärzte das japanische Gesundheitswesen aufbauten, deutsche Juristen und Verwaltungsexperten zum Aufbau der japanischen Rechtsordnung und Gerichtsverfassung wesentlich beitrugen, deutsche Musiker die europäische Musik in Japan einführten. Für das deutsch-japanische Verhältnis in der jüngeren Geschichte war weniger die Erinnerung an die Kriegskoalition, die "Achse Berlin-Rom-Tokyo", als vielmehr die Ähnlichkeit des Nachkriegsschicksals der beiden Nationen ein Element des Sichverbunden-Fühlens: die katastrophale Niederlage, die Besatzungsherrschaft der Nachkriegsjahre, der Wiederaufbau aus den Ruinen und der Wiederaufstieg zu wirtschaftlicher Blüte. Diese Andeutungen dürften genügen, um deutlich zu machen, weshalb ich diesen Aspekt des Themas Europa/Japan hier nicht verfolgen kann: Er würde uns zwingen, ein ganzes Bündel von Sonderbeziehungen europäischer Nationen zu Japan zu verfolgen. Das würde den Rahmen dieses Vortrags sprengen. Ich lasse es daher bei diesen wenigen Andeutungen bewenden und konzentriere mich auf die beiden Hauptfragen: Japan und die EG/Japan und West-Europa (im Sinne der europäischen Gruppe der atlantischen Allianz).

VI.

Japans Verhältnis zur EG war während langer Zeit hauptsächlich durch zwei Umstände belastet: Die Japaner sind dem Prozeß der europäischen Integration lange mit Unverständnis begegnet und haben die EG als einen rein wirtschaftlichen Zweckverband angesehen, dem gegenüber sie stets in der Versuchung waren, die EG-Partner gegeneinander auszuspielen und die für sie

günstigsten Bedingungen durch bilaterale Abmachungen einzuhandeln. In der EG fanden sich immer, ungeachtet der im Prinzip auf die Gemeinschaft übergegangenen Zuständigkeiten, genügend Mitgliedsstaaten, die bereit waren, sich darauf einzulassen. Neben einigen politisch-psychologischen Barrieren, die sich z.B. darin zeigten, daß die Europäer 1973/74 Japan enttäuschten, als sie seiner Einbeziehung in die von Kissinger geplante trilaterale Zusammenarbeit widerstrebten, und die einer Annäherung Japans an die EG entgegenstanden, gab es handfeste handels- und wirtschaftspolitische Differenzen. Ihr Schwerpunkt war und ist das handelspolitische Ungleichgewicht zwischen den beiden Wirtschaftsräumen. Während der Außenhandel zwischen Japan und der EG 1968 noch fast ausgeglichen war (und bei 1 Mrd. \$ lag), wuchsen die japanischen Ausfuhren in die EG bis 1980 auf 17 Mrd. \$, bis 1986 auf 30,67 Mrd. \$ an. Sie sind 1987 in YEN-Werten abermals um 6,1 % gestiegen, während gleichzeitig die japanischen Ausfuhren weltweit um 5,6 und in die USA um 10,4 % zurückgegangen sind. Die japanischen Einfuhren aus der Gemeinschaft stiegen bis 1980 nur auf 6 Mrd. \$, bis 1986 auf 14 Mrd. \$. Die Deckungsrate für die Gemeinschaft, d.h. das Verhältnis von Exporten zu Importen, die 1970 noch zu 73 % gegeben war, ging bis 1986 auf 33 % zurück; wenn sie auch 1987 wieder um einige Prozentpunkte auf 37 % gestiegen ist, so ist sie doch für den Handel zwischen großen Industrieländern nach wie vor viel zu niedrig.

Das Defizit der Gemeinschaft im Japan-Handel war jedenfalls in Brüsseler Sicht 1987 mit mehr als 24 Mrd. \$ (rd. 41 Mrd. DM) immer noch viel zu hoch. Diese Zahlen bildeten den Hintergrund der Gespräche, die PM. Takeshita Anfang Juni mit dem EG-Präsidenten Delors und einigen seiner Kommissionskollegen in Brüssel geführt hat, in denen Delors mit Nachdruck darauf hingewiesen hat, daß der künftige europäische Binnenmarkt den japanischen Unternehmen offenstehe, daß dies jedoch unabdingbar an

ein besser ausgeglichenes Verhältnis der Handelsströme gebunden sei. Bei zahlreichen Produkten (ein aktueller Beschwerdepunkt der Kommission war die hohe Besteuerung europäischer Weine und Spirituosen in Japan) sei Tokyo noch den Beweis für die oft wiederholte Absicht schuldig geblieben, den japanischen Markt mehr als nur einen Spaltbreit für europäische Erzeugnisse zu öffnen.

Zu dem Gesamtbild des Ungleichgewichts gehört auch die Tatsache, daß die japanischen Direktinvestitionen in der EG 12mal größer sind als die Investitionen aus der EG in Japan.

Die dramatische Verschlechterung des Handelsbilanzdefizits zu Lasten der EG ist oft beschrieben und mit Zahlen belegt worden. Ich will Sie nicht mit weiteren Zahlen langweilen. Sie bilden den Hintergrund für das permanente Mißvergnügen und die Spannungen und Reibungen, die sich im letzten Jahrzehnt zwischen Brüssel und Tokyo entwickelt haben. Dabei darf man nicht vergessen, daß der Löwenanteil der japanischen Ausfuhr stets in die Vereinigten Staaten ging und die EG nur einen Bruchteil dieser Exporte aufnahm. Gerade in diesem Punkte hat sich in den letzten Jahren allerdings eine veränderte Situation dadurch ergeben, daß die handelspolitischen Spannungen mit den USA und der von diesen ausgehende Druck in Richtung auf Beschränkungen des japanischen Exports nach Amerika (oft mit verdoppelten Strafzöllen für bestimmte japanische Erzeugnisse erzwungen) zu einer Umlenkung der Handelsströme geführt hat: Die Japaner gaben dem amerikanischen Druck nach und konzentrierten sich umso mehr auf die europäischen Märkte. Nach japanischen Statistiken ist der japanische Export in die Vereinigten Staaten von Januar - Oktober 1987 um 10,4 % zurückgegangen, dagegen der in die Länder der EG um 5 % gestiegen.

Handelspolitische Konzessionen wurden häufig einseitig den

Amerikanern gewährt, zuweilen - wie im Falle des "Chips-Abkommens" - deutlich zu Lasten der Europäer. Während der Handel EG/Japan vor einigen Jahren noch weniger als ein Drittel des japanisch-amerikanischen Handels ausmachte, erreichte er 1987 bereits 50 %. Diese Entwicklung hatte andererseits zur Folge, daß die Gemeinschaft als Handelspartner für Japan zunehmend an Bedeutung gewinnt. Der Verfall des Dollarkurses (der Yen wurde zwischen Februar 1985 und Januar 1988 gegenüber dem Dollar um 50 % aufgewertet, gegenüber dem europäischen ECU nur um 5,3 %) trug zu dieser Entwicklung bei. Einzelne europäische Länder haben darauf mit drastischen Importrestriktionen (z.B. für Automobile) reagiert (wozu sie von der Brüsseler Kommission auf Grund einer Schutzklausel der Römischen Verträge - Art. 115 - ermächtigt wurden). Diese Entwicklung könnte sich in Zukunft insbesondere bei zunehmender Konzentration der japanischen Ausfuhren auf den europäischen Markt verstärkt fortsetzen. Nur wenn der damit zu erwartende weitere Anstieg der japanischen Exporte mit einer stärkeren Zunahme von Einfuhren aus der Gemeinschaft einhergehen würde, wäre mit einer für die EG günstigeren Gestaltung der Handelsbilanz zu rechnen. Vielleicht ist es ein hoffnungsträchtiges Zeichen, daß nach den Statistiken der EG 1987 die Importe der Gemeinschaft aus Japan zwar um etwa 4 % auf knapp 50 Mrd. DM stiegen, die Ausfuhr europäischer Unternehmen nach Japan jedoch um rund 20 % auf etwa 24 Mrd. DM emporschnellten.

Alle seit den frühen 80er Jahren intensivierten Kontakte zwischen Japan und der EG, zahlreiche Reisen von EG-Delegationen nach Tokyo, Brüssel-Besuche japanischer Minister (Mai 1984 drei Minister, die Minister für Auswärtiges, für Industrie und Handel und für Wirtschaftsplanung) und Premierminister (Suzuki 1981, Nakasone 1985, Takeshita 1988) haben nicht die immer wieder anschwellenden Differenzen und Spannungen auf diesem Gebiete beheben können. Sie kontrastieren mit dem gleichzeitig

wachsenden Bemühen der japanischen Regierung, die politischen Beziehungen zur EG und ihren Mitgliedstaaten auszubauen und zu intensivieren - und deren wachsender Bereitschaft, auf diese Bemühungen einzugehen und ihnen entgegenzukommen. Im Zuge dieser Entwicklung ist es mehrfach bei Zuspitzungen der internationalen Lage zu einer Abstimmung und einem koordinierten Vorgehen beider Seiten gekommen: bei der sowjetischen Invasion Afghanistans, bei der Teheraner Geiselnahme des amerikanischen Botschaftspersonals, bei der Verhängung des Kriegszustandes in Polen, bei dem Abschluß des koreanischen Verkehrsflugzeuges. Dieses Zusammenwirken hat sich Schritt für Schritt auch institutionell verfestigt. Im März 1983 wurden zweimalige jährliche Konsultationen auf Minister- und Beamtenebene im Rahmen der EPZ vereinbart, sogenannte Troika-Konsultationen, was bedeuten sollte, daß die europäische Seite durch den voraufgegangenen, den gegenwärtigen und den künftigen Vorsitzenden des Rates der Außenminister - daneben auch durch den Präsidenten der EG-Kommission - vertreten sein sollte. Am 9. Mai 1983 fand in Paris unter der deutschen EG-Präsidentschaft ein erstes solches Treffen mit Außenminister Abe statt.

Die letzten Troika-Konsultationen auf Ministerebene fanden am 23. September 1987 am Rande der 42. UN-Generalversammlung in New York statt. Themen des einstündigen Meinungsaustausches waren West-Ost-Beziehungen und die Lage im Persischen Golf.

Troika-Konsultationen auf Direktorenebene fanden zuletzt am 11. September 1987 im Kopenhagen statt. Schwerpunktthemen waren das Ost-West-Verhältnis, der Iran-Irak-Konflikt, die politische Lage in China, in Korea und im Südpazifik sowie Südafrika.

Japan zeigte auch bei beiden Gelegenheiten ein deutliches In-

teresse an einem regen politischen Dialog mit den Zwölf.

Auf die handelspolitischen Differenzen hat sich diese politische Zusammenarbeit insofern positiv ausgewirkt, als sie beiden Seiten zu Bewußtsein brachten, daß man die gegenseitigen Beziehungen nicht ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen dürfe. Man begann, diesen Spannungen gegenüber ein größeres Maß von Gelassenheit zu zeigen und sich nachdrücklicher um Verständigungen und Kompromisse zu bemühen.

Japaner und Europäer haben stets darauf Wert gelegt, ihre politische Zusammenarbeit nicht als eine Distanzierung von ihrer Verbindung mit den Vereinigten Staaten zu sehen, sondern als eine Ergänzung dazu: Sie sollte in dem weltpolitischen Dreieck Washington-Tokyo-Brüssel die bis dahin fehlende Verbindungslinie Brüssel-Tokyo schließen. In diesem Sinne fügte sie sich in die "trilaterale Zusammenarbeit" ein, die wiederum im Zusammenhang mit dem Konzept der "Internationalisierung" Japans und seiner Außenpolitik gesehen werden muß.

VII.

Was ist - im Rückblick auf das letzte Jahrzehnt - aus den gedanklichen Ansätzen geworden, die Anfang und Mitte der 70er Jahre zu der Forderung nach einem stärkeren weltpolitischen Engagement Japans, nach einer "Internationalisierung" seiner Außenpolitik führten? Ich habe schon erwähnt, daß die Regierungserklärung Takeshitas vom 25. Januar diese Stichworte nachdrücklich betont hat. Aber man tut gut daran, sich zu erinnern, daß die Diskrepanz zwischen verbaler und tatsächlicher Politik in Japan größer ist, als es dem westlichen Beobachter häufig gewärtig ist. Man braucht nur daran zu erin-

nern, wie oft japanische Premier- und andere Ressortminister in den langjährigen Auseinandersetzungen mit den Amerikanern über das Handelsbilanzdefizit der Vereinigten Staaten immer wieder feierliche Erklärungen über Zollsenkungen, Abbau von Handelshemmnissen und Öffnung des japanischen Binnenmarktes für westliche Importe abgegeben haben - ohne daß sich die Lage wesentlich verändert hätte. Wie also sieht es mit der "Internationalisierung" tatsächlich aus? Ich möchte diese Frage unter drei Gesichtspunkten prüfen:

- Welches sind, konkret gesprochen, die Interessen, die Japan auf diesen Weg verweisen?

- Welches sind die Optionen, die ihm zur Verfolgung dieser Interessen zur Verfügung stehen?

- Welchen Weg hat Japan tatsächlich eingeschlagen?

Der Vorgänger des jetzigen Botschafters in Bonn, Yoshino (Bumroku), hat die gemeinsamen Ziele und Interessen, die Japan und den Westen zusammenführen, in einem Vortrag 1980 wie folgt umschrieben: Es handele sich um

- die Aufrechterhaltung des Weltfriedens und der Sicherheit;
- die Förderung einer gesunden Entwicklung der Weltwirtschaft;
- die gemeinsame Verteidigung der Grundwerte Freiheit und Demokratie.

Das klingt sehr allgemein, wie sich eben Politiker und Diplomaten in öffentlichen Ansprachen auszudrücken pflegen. Aber hinter jedem der drei Punkte stehen doch sehr konkrete Interessen.

Was den Weltfrieden und die Sicherheit anlangt: Das heutige

Japan hat weder Expansionsziele noch die militärischen Mittel, solche zu verwirklichen. Es ist als eine führende Welthandelsnation ohne eigene Rohstoffbasis darauf angewiesen, daß die Rahmenbedingungen für einen freien und friedlichen Welthandel und für die Freiheit der Verkehrsverbindungen auf den Weltmeeren aufrechterhalten werden. Keine andere Industrie-Nation der Welt ist in solchem Maße auf die Sicherheit seiner Seeverbindungslinien angewiesen. Schon die Behinderungen der Tankerschiffahrt im Persischen Golf treffen Japan mehr als irgendein anderes Land. Das japanische Mutterland lebt im Schatten der sowjetischen Militärmacht im Fernen Osten. Die von dort ausgehende Bedrohung ist im Laufe des letzten Jahrzehnts in wachsendem Maße empfunden worden. Die sowjetischen Luftstreitkräfte sorgen ständig dafür, diese Besorgnisse wachzuhalten, indem sie das Seegebiet um die japanischen Inseln ständig unter Beobachtung halten und häufig genug mit Patrouillenflügen in den Luftraum über japanischem Hoheitsgebiet eindringen. 1975 haben japanische Flugzeuge der SDF in 309 Fällen anfliegende sowjetische Militärmaschinen abgefangen; 1982: 929. Der Abschluß der koreanischen Verkehrsmaschine hat der japanischen Bevölkerung ins Bewußtsein gebracht, welchen Gefährdungen auch ihre Luftverbindungen ausgesetzt sind. Der Abzug der Amerikaner aus Vietnam (1970-73) und die zeitweiligen Tendenzen der amerikanischen Politik zu einem militärischen disengagement im Pazifik (Nixons "Guam-Doktrin" von 1969) haben in der japanischen Bevölkerung einen grundlegenden Bewußtseinswandel hervorgerufen: Der Pazifismus der Nachkriegszeit ist einer neuen Bereitschaft gewichen, den Sicherheitsbedürfnissen des Landes Rechnung zu tragen. Die Folge war eine veränderte Einstellung zu den früher mißtrauisch und feindselig behandelten eigenen Verteidigungs-Streitkräften, zur Erhöhung der Verteidigungsausgaben und zur militärischen Zusammenarbeit mit den Amerikanern, die lange Jahre hindurch trotz des seit 1951 bestehenden und später verlängerten Sicherheitsvertrages mühsam und man-

gelhaft gewesen war. Es gibt also ohne Zweifel ganz konkrete Sicherheitsinteressen, die es der japanischen Führung angezeigt erscheinen lassen, sich nach geeigneten Partnern für eine engere militärische Zusammenarbeit umzusehen.

Das zweite von Yoshino genannte Ziel, die Förderung einer gesunden Weltwirtschaft, schließt eng an das an, was schon zum ersten gesagt worden ist: Japan muß auf Grund seiner ökonomischen Grundsituation (der eines überbevölkerten Inselreiches ohne eigene Rohstoffbasis) an einer funktionierenden Weltwirtschaft interessiert sein, die freien Handel, ungestörten Seeverkehr, marktwirtschaftlichen Wettbewerb, währungspolitische Stabilität, gesicherte Rohstoff- und Energieversorgung und Zugang zu kaufkräftigen Absatzmärkten verbürgt.

Als 1973 die Trilateral Commission ins Leben gerufen wurde, hatte es noch japanische Stimmen gegeben, die davor warnten, einem "Rich Men's Club" beizutreten, sich also gegenüber der Dritten Welt auf die Seite der "Reichen", der großen kapitalistischen Industrienationen, zu schlagen. 1975, als die Frage der japanischen Beteiligung am ersten Wirtschaftsgipfel in Rambouillet aufkam, waren solche Stimmen kaum noch zu vernehmen. Die seit 1974 auf "Sondergeneralversammlungen" der Vereinten Nationen, auf den Welthandelskonferenzen und auf weltweiten Nord-Süd- und internationalen Seerechtskonferenzen von den Entwicklungsländern mit wachsender Entschiedenheit und Schärfe vorgetragenen Forderungen nach einer neuen Weltwirtschaftsordnung und nach einer Umverteilung der Wirtschaftsgüter der Welt hatte den Japanern immer deutlicher zum Bewußtsein gebracht, daß sie von der Dritten Welt ohnehin dem Kreise der reichen Industrienationen zugerechnet wurden und daß es für sie besser sei, das zu akzeptieren und ihre Interessen in einer gemeinsamen Front mit diesen zu vertreten.

Auch auf diesem Gebiete also gibt es klare, konkrete Interessen, die enge Zusammenarbeit mit Partnern der westlichen Welt erfordern.

Was den letzten Punkt anlangt - Verteidigung von Freiheit und Demokratie - ,so muß man sich vergegenwärtigen, daß Japan das einzige Land im Fernen Osten - fast in ganz Asien - ist, das als eine gut funktionierende parlamentarische Demokratie mit gesichertem Schutz der Menschenrechte anzusehen ist. Das ist die Grundlage für eine ideelle Solidarität mit den westlichen Demokratien, von der man nicht viel Aufhebens macht und die keine besonderen Aktivitäten hervorruft. Aber sie fördert, erleichtert und intensiviert natürlich die politische, wirtschaftliche und militärische Zusammenarbeit.

Wenn dieses die zur "Internationalisierung" zwingende Interessenlage Japans ist - welche Optionen standen ihm zu Gebote?

Was zunächst die politisch-militärischen Gruppierungen anlangt, so kann kein Zweifel bestehen, daß Japan heute ebenso wie vor einem Jahrzehnt und aller Voraussicht nach auch für das nächste Jahrzehnt nur den Anschluß an Gruppierungen ins Auge fassen kann und wird, die sein Quasi-Bündnisverhältnis mit den Vereinigten Staaten auf Grund des bestehenden Sicherheitsvertrages nicht in Frage stellen. Es mag Japaner geben, die daran denken, auf weitere Sicht dieses Verhältnis zu lockern und die japanische Verteidigung in wachsendem Maße auf eigene Füße zu stellen. Für die absehbare Zukunft ist das keine realistische Perspektive.

Aber auch dann, wenn man an der engen Verteidigungs-Kooperation mit Amerika festhält und sie sogar intensivieren möchte, gibt es verschiedene denkbare Möglichkeiten, diese in den weiteren Rahmen der Verteidigung des pazifischen Raumes und der

weltpolitischen Frontenbildung einzufügen. In der Zeit, als ich Japan verließ, wurde die Bildung einer Triple Entente zwischen Japan, den Vereinigten Staaten und der Volksrepublik China diskutiert. Es scheint, daß der bedeutendste Staatsmann und außenpolitische Denker Chinas in der Epoche Mao Tse Tungs, Chou-en-lai, eine solche Kombination favorisiert hat. Es gab eine Periode, in der auch die Vereinigten Staaten einem solchen Konzept zuneigten, besonders nach dem Besuch des Präsidenten Ford in China im Dezember 1975, als dieser auf dem Rückwege in Hawaii Station machte und in Honolulu die sogenannte "Pazifik-Doktrin" verkündete, die nach Nixons pazifischer disengagement-Politik eine Rückwendung zur militärischen Präsenz der Vereinigten Staaten im Pazifik und zur Reaktivierung ihrer Verteidigungspositionen und Bündnisbindungen in dieser Region bedeutete. Aber Chou-en-lai starb im Januar 1976. Er war in Japan höchst populär gewesen, und ich erinnere mich noch der unendlich langen Schlange von Trauergästen (ich stand mitten drin), die, flankiert von Bergen von kunstvollen Blumenarrangements, in der engen Straße neben unserer Botschaft zu der benachbarten chinesischen Botschaft zogen, um sich in das dort ausgelegte Kondolenzbuch einzutragen. Fords Präsidentschaft endete im Januar 1977 - und mit ihm ging auch sein Außenminister Kissinger. Aber die Japaner wären wohl ohnehin nicht für diese Triple Alliance zu gewinnen gewesen. Zwar haben sie in ihrem Friedens- und Freundschaftsvertrag mit China (12.8.1978) die von den Chinesen geforderte und gegen die Sowjetunion gerichtete "Anti-Hegemonie-Klausel" akzeptiert, jedoch mit einer Interpretation, die ihre antisowjetische Zielrichtung abschwächen sollte. Trotz aller Gegensätze (z.B. in der Frage der "Nord-Territorien") und Besorgnisse gegenüber Moskau war und blieb die japanische Politik stets bestrebt, nicht in eine offene Konfrontation zur sowjetischen Supermacht zu geraten.

Von der Triple Alliance war denn auch gegen Ende der 70er Jahre nicht mehr die Rede. An ihre Stelle trat ein anderes Konzept, das man als "Koalition des pazifischen Beckens" bezeichnete und das auf eine verteidigungspolitische Zusammenarbeit mit Süd-Korea, Taiwan, den Asean-Staaten, Australien, Neuseeland, China und vor allem natürlich den USA zielte. Manche wollten daraus, nach dem Vorbild der NATO, eine "Pacific Treaty Organization" (PTO) machen. Damit traten jedoch die gleichen Probleme, die schon die "Triple Alliance" verhindert hatten, in vergrößerter und vermehrter Form wieder auf, zumal zwischen einigen Gliedern dieser Koalition - z.B. zwischen Indonesien und China - Differenzen und Spannungen bestehen, die sich nicht leicht in einer Bündnisorganisation neutralisieren lassen. So ist es weder zu einer Bündnisorganisation noch zu einer lockeren Verteidigungskoalition gekommen. Ebenso erfolglos blieben Bemühungen, Japan dem US-Australien-Neuseeland-Bündnis (ANZUS) anzuschließen (JANZUS) - einem Bündnis, das infolge einer neuen Politik Neuseelands, die keine Anwesenheit atomar bewaffneter Schiffe in den eigenen Hoheitsgewässern dulden wollte, in eine schwere Krise geriet.

Im Ergebnis bleibt nur festzustellen, daß alle diese Optionen sich als unreal erwiesen haben und nur der Sicherheitsvertrag mit den USA als solide Basis japanischer Verteidigungspolitik Bestand hatte. Er bleibt der Ausgangspunkt für das fortdauernde japanische Bemühen, eine politische Verankerung im Rahmen eines trilateralen Beziehungsgeflechts USA-West-Europa-Japan zu finden.

Noch weniger als im politisch-militärischen Bereich haben sich auf dem Gebiete der weltwirtschaftlichen Zusammenarbeit attraktive Optionen dargeboten, die Japan auf einen anderen Kurs als den tatsächlich eingeschlagenen hätten verlocken können. Ansätze zu einer der europäischen vergleichbaren Entwicklung,

zu einem gemeinsamen Markt oder auch nur zu begrenzten Zollunionen hat es in Asien nie gegeben, und sie sind auch nie ernstlich erstrebt worden. Daß Japan dem GATT, dem Weltwährungsfonds, der Weltbank, angehört, entspricht zwar der allgemeinen Tendenz zur Internationalisierung, geht jedoch auf Entscheidungen aus einer Zeit zurück, in der von diesem Internationalisierungskonzept noch nicht die Rede war. Erst recht hat es nichts mit dem Gedanken der trilateralen Zusammenarbeit zu tun. Ebenso wie der Beitritt zu den Vereinten Nationen(1956) sind diese Mitgliedschaften als Ausdruck der schon in den 50er Jahren lebhaft erstrebten Normalisierung, der Rückkehr des besiegten und zeitweilig besetzten Landes in den Kreis der Völkergemeinschaft zu verstehen. Anders zu bewerten ist nur die japanische Entscheidung, an der von den Vereinigten Staaten einberufenen Washingtoner Energie-Konferenz im Februar 1974 teilzunehmen und im Anschluß daran Mitglied der Internationalen Energie Agentur zu werden, die im Rahmen der OECD errichtet wurde - wenngleich ihr nicht alle OECD-Mitglieder angehören. Dieser Schritt war Ausdruck einer klaren politischen Option auf dem Felde der weltwirtschaftlichen Beziehungen. Sie war keineswegs selbstverständlich, automatisch oder zwangsläufig. Noch in den Anfängen der großen Ölkrise von 1973 hatte Japan mit dem Gedanken gespielt - und seine Realisierbarkeit abgetastet - sich auf dem Wege einer bilateralen Kooperation mit den arabischen Ölproduzenten zu arrangieren und sich einer solidarischen Aktion der großen westlichen Verbrauchernationen zu entziehen. Der Beitritt zur Internationalen Energie Agentur machte deutlich, daß Tokyo diesen Gedanken fallen gelassen hatte und sich dem Kurs der trilateralen Partner anschloß.

Auf dem Gebiet der ideologischen und kulturellen Interessen brauchen wir nach alternativen Optionen keine Ausschau zu halten, weil hier ohnehin keine partnerschaftliche Zusammenarbeit existiert, die über einen normalen Kulturaustausch hinausginge

- der freilich mit dem Westen wesentlich enger und intensiver ist als der Austausch mit kommunistischen Staaten und Ländern der Dritten Welt.

Wenden wir uns also, nach der Analyse der Interessen und der denkbaren Optionen der dritten Frage zu: welche Schritte auf dem Wege der Internationalisierung tatsächlich erfolgt sind. Von entscheidender und richtungsweisender Bedeutung ist, daß Japan das Konzept der trilateralen Zusammenarbeit nicht nur deklaratorisch bekräftigt hat, sondern daß es ihm gelungen ist, seine Position und seinen Einfluß in diesem Rahmen zu konsolidieren und auszubauen. Es gehört seit 1975 zu den ständigen Teilnehmern von wirtschaftlichen Gipfelkonferenzen, die damit gleichsam das wichtigste und höchste Organ der trilateralen Zusammenarbeit geworden sind, in dem es mit Nordamerika (vertreten durch die USA und Kanada) und West-Europa (vertreten durch Großbritannien, Frankreich, die Bundesrepublik Deutschland und Italien) auf höchster Ebene zusammenwirkt. Da diese Konferenzen zunehmend auch ihr ursprünglich rein wirtschaftliches Arbeitsfeld überschritten und zu politischen Fragen Stellung genommen haben, ist insoweit auch die von Japan erstrebte politische Zusammenarbeit realisiert worden. Es war ein erster Höhepunkt dieser Entwicklung, daß Premierminister Nakasone die am 29.5.1983 in Williamsburg beschlossene Erklärung der Staats- und Regierungschefs zu Abrüstung und Rüstungskontrolle unterschrieb, womit sich Japan mit der Politik des NATO-Doppelbeschlusses solidarisierte - eine Haltung, die man bis dahin für undenkbar gehalten hätte. Danach war es kaum noch überraschend, daß der Chef des japanischen Verteidigungsamtes (d.h. der Verteidigungsminister) im Herbst 1984 das NATO-Hauptquartier in Brüssel besuchte und anschließend mit dem Bundesverteidigungsminister in Bonn zusammentraf, kurz nachdem Premierminister Nakasone in einem Vortrag vor dem Londoner Institute for Strategic Studies das Bekenntnis zur tri-

lateralen Zusammenarbeit bekräftigt hatte.

Parallel dazu hatte sich japanische Mitwirkung und Einflußnahme in einem anderen trilateralen Rahmen etabliert: Ohne daß es einer institutionellen Grundlage bedurft hätte, hat sich seit den frühen siebziger Jahren die Übung herausgebildet, daß sich die Finanzminister der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Kanadas, der Bundesrepublik Deutschland und Japans regelmäßig vor den Tagungen des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank in Washington treffen und ihre Positionen miteinander abstimmen (sogenannte "Siebenergruppe"). Eine gewisse Vorstufe zur trilateralen Zusammenarbeit auf wirtschaftspolitischem Gebiet hatte Japan schon ein Jahrzehnt früher erklommen: 1964 war es als Mitglied in die OECD aufgenommen worden, die ursprünglich auf amerikanische Initiative für die Durchführung des Marshall-Plans gegründete europäische Regionalorganisation (OECD), die 1961 in eine Organisation mit weltweiter Zielsetzung umgebildet wurde, aber außer den Vereinigten Staaten und Kanada nur Japan, Australien und Neuseeland zu ihren nicht-europäischen Mitgliedern zählte. Daß Australien und Neuseeland dazugehörten, änderte nicht viel daran, daß es sich doch um eine der trilateralen Gruppierung sehr nahe kommende Organisation handelte.

Jenseits direkter Regierungsverantwortung, wenngleich zuweilen nicht ohne Einfluß auf diese, läuft ein anderer Strang trilateraler Zusammenarbeit kontinuierlich weiter: die Tätigkeit der Trilateral Commission. Die Teilnahme prominenter Figuren aus den politischen Eliten der beteiligten Staaten sichert ihren Studien und Resolutionen Einfluß auf die Bewußtseinsbildung der Öffentlichkeit und der Medien im Sinne der gemeinsamen Zielsetzung.

Insgesamt muß man zu dem Ergebnis kommen, daß Japan dem ange-

strebt Ziel der "Internationalisierung" im letzten Jahrzehnt ein gutes Stück näher gekommen ist - in einem Entwicklungsprozeß, der sich in der für Japan häufig charakteristischen Langsamkeit vollzogen hat: Es ist jetzt ein unbestritten etabliertes und respektiertes Mitglied der obersten Lenkungsorgane des Dreiecks der führenden Industriestaaten der Welt. Es hat seine Beziehungen zur EG politisiert und institutionalisiert. Es ist immer noch im Rückstand bei der Herstellung eines handelspolitisch ausgewogenen Verhältnisses zu den europäischen wie zu den amerikanischen Partnern des Dreiecks. Sein Beitrag zur Verteidigung der gemeinsamen Interessen der trilateralen Staatengruppe hat sich vergrößert, erfüllt aber nach wie vor nicht die Erwartungen dieser Gruppe und liegt unter dem Niveau seiner Leistungsfähigkeit. Große Anstrengungen wird es machen müssen, um seine Stellung und sein Prestige in der Welt seiner asiatischen Nachbarn zu festigen. Aber das ist ein Aspekt des Internationalisierungsprozesses, der über das Thema dieses Vortrages, der sich auf das Verhältnis Japan/Europa beschränken soll, hinausgeht.

Als Deutscher, als Europäer und als Atlantiker kann man die im letzten Jahrzehnt trotz mancher Rückschläge erreichte Annäherung Japans an seine westlichen Partner nur positiv bewerten und hoffen, daß es auf diesem Wege weiter vorangeht. Die Partner der trilateralen Zusammenarbeit brauchen einander und können es sich gar nicht leisten, von diesem Wege abzuweichen.